

Stimmen zu Deutschland im Sicherheitsrat 2019/2020

So gelingt die Partnerschaft zwischen Deutschland und Afrika

Gustavo de Carvalho, geb. 1984, ist Senior Researcher am Institute for Security Studies (ISS) in Pretoria, Südafrika.

Der nichtständige Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat bietet eine bedeutende Plattform, um die wichtigsten Prinzipien, Strategien und Ziele gegenüber Afrika wirksam umzusetzen. Deutschland betrachtet Afrika zunehmend als wichtige Säule innerhalb seiner außenpolitischen Aktivitäten. Im März 2019 verabschiedete das Bundeskabinett die ›Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung‹. Inwiefern sie diese im Rat umsetzen kann, wird von der Zusammenarbeit mit den drei afrikanischen Mitgliedstaaten abhängen: Im Jahr 2019 sind dies Äquatorialguinea, Côte d'Ivoire und Südafrika. Letzteres wird auch im Jahr 2020 vertreten sein, die Bestätigung Nigers und Tunesiens steht derzeit noch aus.

Deutschland sollte insbesondere seine Beziehungen zu Südafrika ausbauen. Abgesehen davon, dass beide Staaten bereits in den Jahren 2011 und 2012 gemeinsam im Rat vertreten waren, sind sie regionale Kraftzentren und streben eine ständige Mitgliedschaft im Sicher-

heitsrat an. Eine starke Koordinierung ihrer Standpunkte und eine effektive Zusammenarbeit können Deutschlands Möglichkeiten stärken, Entscheidungen im Rat insbesondere in Bezug auf Afrika zu beeinflussen. In diesem Zusammenhang sollte sich Deutschland zusammen mit den afrikanischen Staaten um eine stärkere Koordinierung der nichtständigen Ratsmitglieder (Elected Ten – E10) insgesamt bemühen.

Die ›Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung‹ zeigen wichtige Annäherungspunkte zwischen Deutschland und den afrikanischen Staaten auf. Dies wird besonders bei der notwendigen Stärkung der regionalen Integration und der Förderung von Frieden und Sicherheit durch die afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) deutlich. Die Beziehungen zwischen den UN und der Afrikanischen Union (AU) sind im Sicherheitsrat zwar ein wichtiges Thema, sahen sich in den letzten zwei Jahren jedoch mit einer Blockade unter den Ratsmitgliedern konfrontiert. Dies wurde insbesondere im Zusammenhang mit der Zurückhaltung bei der Verwendung von UN-Finanzbeiträgen für AU-Friedensmissionen deutlich. Deutschland hat die Möglichkeit zu vermitteln, um die Blockaden aufzuheben sowie afrikanische Positionen in dieser Frage hervorzuheben.

Der Bundesregierung bietet sich die Gelegenheit, ihre ›Afrikapolitischen Leitlinien‹ im UN-Sicherheitsrat unter Beweis zu stellen. Um ihre Ziele zu erreichen, muss sie effektiv mit den afrikanischen Mitgliedstaaten zusammenarbeiten und sich für gemeinsame Interessen einsetzen.

Seit dem 1. Januar 2019 sitzt Deutschland für zwei Jahre im Sicherheitsrat. Bundesaußenminister Heiko Maas sprach am 25. Januar 2019 vor dem Sicherheitsrat über die Auswirkungen von klimabedingten Katastrophen auf den internationalen Frieden und die Sicherheit.

UN PHOTO: LOEY FELIPE



›Global Player‹ mit großer Verantwortung

Die Kandidatur Deutschlands für den Sicherheitsrat 2019/2020 wurde von der internationalen Gemeinschaft zweifellos begrüßt. Deutschland ist der viertgrößte Beitragszahler zum ordentlichen UN-Haushalt und fünftgrößter Steller von UN-Personal.

Die Amtszeit der nichtständigen Mitglieder im Sicherheitsrat ist schwieriger als die der fünf ständigen Mitglieder (Permanent Five – P5), da ihnen nur ein begrenzter Zeitraum zur Verfügung steht, um an Entscheidungen des Sicherheitsrats mitzuwirken.

Aus lateinamerikanischer Sicht wird von einem unserer größten Handelspartner erwartet, dass sein Engagement für nachhaltige Entwicklung, demokratische Regierungsführung, Umwelt, Korruptions- und Terrorismusbekämpfung und die Achtung der Menschenrechte weiterhin die Kernpunkte seiner Politik gegenüber Lateinamerika darstellt. Deutschland ist ein Garant für Stabilität in Europa, und als solches wird es von Lateinamerika erachtet.

Die aktuelle Situation in Venezuela stellt auch den Sicherheitsrat auf die Probe. Als nichtständiges Mitglied muss sich Deutschland im Rat um die bedingungslose Unterstützung der Achtung der Demokratie und ihrer Prozesse in einer politisch so instabilen Region wie Lateinamerika, mit ihrer Migrationsproblematik und dem venezolanischen Exodus, bemühen.

Wir erwarten ebenfalls eine Zusammenarbeit und Unterstützung für Venezuela, aber auch für Kolumbien, Ecuador und andere Staaten, die von Flucht und Migration betroffen sind, unter Wahrung der Souveränität und auf der Grundlage des Völkerrechts.

Deutschland hat den lateinamerikanischen Staaten stets Entwicklungshilfe und Technologieaustausch zur Verfügung gestellt. Daher sollte der ›Global Player‹ während seiner Mitgliedschaft im Sicherheitsrat die Beziehungen zu einem so wichtigen Kontinent wie Lateinamerika, das derzeit eine sehr kritische Phase durchlebt, nicht vernachlässigen.

Dr. Andrés González, geb. 1975, ist Professor für Internationale Beziehungen an der Universidad San Francisco de Quito, Ecuador.

Visionäre Führungsrolle nötig

Während meiner 37-jährigen Karriere bei den UN habe ich in Asien und Afrika sowie in New York und Genf gearbeitet. In dieser Zeit hat sich viel verändert: Was wir jetzt wahrnehmen, ist sowohl die Bedrohung der menschlichen Solidarität als auch die zunehmende Zerstörung der Umwelt. Wichtige Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sind nicht in der Lage, die Konzentration von Macht und Reichtum sowie Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Diese globalen Probleme erfordern multilaterale Lösungen.

Deutschland hat sich als wirksamer Impulsgeber für globale Lösungen erwiesen. Es hat sich für die Konfliktprävention und -beendigung mit friedlichen Mitteln in fragilen Staaten eingesetzt und die Entwicklung eines ausgewogenen Ansatzes bei der Suche nach gemeinsamen Werten und Normen gefördert, die die Beziehungen zwischen Staaten und Gesellschaften leiten. Meines Erachtens hat

Deutschland international an Glaubwürdigkeit und Wertschätzung gewonnen, als ein Land mit einer Weltanschauung, in der Nationalstaaten und ihre Völker in Frieden und Harmonie leben können.

Deutschland wurde für sein multilaterales Engagement sowie aufgrund seiner langjährigen Beiträge zu friedenssichernden, entwicklungspolitischen und humanitären UN-Aktivitäten in den Rat gewählt. Es ist höchste Zeit, dass die Bundesrepublik eine visionäre Führung bei der UN-Reform übernimmt. Dabei geht es nicht nur um den Sicherheitsrat und eine Erweiterung seiner Sitze, sondern auch um die Schaffung einer parlamentarischen Versammlung der Vereinten Nationen und einer ständigen UN-Friedenstruppe sowie um die solidarische Aufteilung der Kosten für humanitäre und Entwicklungsmaßnahmen. Deutschlands nichtständiger Sitz im Sicherheitsrat sollte ein Anlass sein, sich für diese Vision einzusetzen.

Dr. Sukehiro Hasegawa, geb. 1942, ist Präsident der Global Peacebuilding Association of Japan (GPAJ) und war unter anderem Sondergesandter des UN-Generalsekretärs für Timor-Leste.